

Soltwedel, Rüdiger

Book Part — Digitized Version

Forschungsprogramm Weiterentwicklung und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Soltwedel, Rüdiger (1993) : Forschungsprogramm Weiterentwicklung und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, In: Empter, Stefan (Ed.): Weiterentwicklung und Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft: Umriss eines Forschungsprogramms der Bertelsmann-Stiftung, der Friedrich-Spee-Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Kieler Institut für Weltwirtschaft, ISBN 3-89204-077-X, Verlag Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, pp. 11-33

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1882>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Forschungsprogramm »Weiterentwicklung und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft«

Rüdiger/Soltwedel

- I. Die Soziale Marktwirtschaft unter Anpassungszwang – Problemstellung
- II. Zielsetzung des Forschungsprogramms
- III. Die Forschungsschwerpunkte
- IV. Anlage und Durchführung des Forschungsprogramms
- V. Leitfragen einer Erneuerung der marktwirtschaftlichen Ordnung
 1. Forschungsschwerpunkt ›Ethik und Markt‹
 2. Forschungsschwerpunkt ›Führung und Motivation‹
 3. Forschungsschwerpunkt ›Markt und Staat‹
 4. Forschungsschwerpunkt ›Internationale Wettbewerbsordnung‹
 5. Forschungsschwerpunkt ›Ökologie und Marktwirtschaft‹

I. Die Soziale Marktwirtschaft unter Anpassungszwang – Problemstellung

Demokratie und Soziale Marktwirtschaft haben, so scheint es, im Wettbewerb der Systeme obsiegt. Gleichwohl darf darüber nicht verkannt werden, daß die Soziale Marktwirtschaft selbst vor großen Herausforderungen steht: Es gilt, dem Wandel im individuellen Selbstverständnis, in den Wertvorstellungen und Ansprüchen an den Staat sowie veränderten Knappheiten Rechnung zu tragen, ohne dabei die innovatorische Kraft des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und seine Fähigkeit zu sozialem Ausgleich zu gefährden, sondern im Gegenteil zu stabilisieren und zu erhöhen.

Damit ist eine merkwürdige Situation der Zwiespältigkeit aufgetreten, welche Selbstgefälligkeit verbietet. So wird – oft sogar noch schärfer als früher in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und Sozialismus – behauptet, der Marktwirtschaft fehle ein moralisches Fundament. Auch werden Zweifel an der Fähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft gehegt, ob sie den oben genannten Herausforderungen ohne vermehrte staatliche Eingriffe erfolgreich begegnen kann. Dies macht es erforderlich, die Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft zu analysieren und Orientierungslinien dafür aufzuzeigen, wie in einer offenen Gesellschaft Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlstand zugleich realisiert werden können.

II. Zielsetzung des Forschungsprogramms

Ziel des von der Bertelsmann Stiftung, der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Friedrich Spee Stiftung initiierten und geförderten Forschungsprogramms ist es, auf der Grundlage von fundierten Analysen eine breit angelegte gesellschaftliche Debatte über das Leitbild und die Funktionsbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft auszulösen, jene sich wandelnden oder neuen Herausforderungen zu identifizieren, denen sich das Wirtschaftssystem stellen muß, sowie klare Schlußfolgerungen für seine Weiterentwicklung unter diesen veränderten Rahmenbedingungen zu ziehen.

Zum einen stellt das Forschungsprogramm darauf ab, die ethischen Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft zu analysieren und zu verdeutlichen. Dies ist auch der erste Arbeitsschritt der Projektrealisierung, der dazu dienen soll, Orientierungslinien zu formulieren und im Spannungsfeld von Normen und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland Defizite und Anpassungsbedarf zu identifizieren.

Zum anderen gilt es, Vorschläge für institutionelle Reformen, zur Stär-

kung der Marktmechanismen und zu Korrekturen der Anreizsysteme zu entwickeln, zu vertiefen und – vor allem – operational auszugestalten.

III. Die Forschungsschwerpunkte

Das Forschungsprogramm umfaßt fünf große, interdependente Themenkomplexe:

- Ethik und Markt,
- Führung und Motivation,
- Markt und Staat,
- Internationale Wettbewerbsordnung,
- Ökologie und Marktwirtschaft.

Zu diesen, im folgenden kurz skizzierten Forschungsschwerpunkten sollen in Abschnitt V einige grundlegende Überlegungen angestellt werden, jeweils mit Blick auf die herausragenden, untersuchungsleitenden Fragestellungen.

Ethik und Markt

Hier geht es darum, das ethische Fundament der Marktwirtschaft kritisch zu analysieren und Veränderungen im ethischen Konsens in der Gesellschaft aufzuzeigen. Eine bedeutende Rolle wird dabei dem Verhältnis von Verantwortungsethik als Leitbild für individuelles Handeln in einer freiheitlichen Gesellschaft und sozialetischen Normen, insbesondere den durch Konsens legitimierten Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, zukommen.

Führung und Motivation

In diesem Bereich stehen die Erwartungen der Individuen an Selbstverwirklichung im Beruf und leistungsgerechte Anerkennung im Vordergrund, so wie sie sich unter dem Einfluß der demokratischen Gesellschaftsordnung, umfassender Bildung und steigendem Einkommen entwickelt haben. Auch gilt es zu untersuchen, wie durch organisatorische und institutionelle Innovationen in der Führung von Unternehmen die Motivation der Mitarbeiter erhöht werden kann oder – allgemein und ökonomisch ausgedrückt – wie das ›Prinzipal-Agent-Problem‹ wirksam gelöst werden kann. Bei der Frage nach der optimalen Nutzung des Kreativitätspotentials der Mitarbeiter geht es also sowohl um das Zielverständnis der drei

Wirkungskomponenten Manager, Mitarbeiter und Kapital als auch um Elemente der internen Arrangements, die zu leistungsfähigeren und konfliktärmeren Strukturen führen könnten.

Markt und Staat

In diesem Themenkomplex soll die Rolle der staatlichen Rahmenordnung herausgearbeitet werden. Wegen falscher und fehlender Anreize kommt es oft zu Fehlleitung und Vergeudung von Ressourcen. Durch strukturelle Reformen in der Rahmenordnung, die mehr Wettbewerb auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen bewirken, die die Flexibilität der Faktormärkte erhöhen sowie die Effektivität und Effizienz des öffentlichen Sektors verbessern, lassen sich sowohl die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern als auch die Gerechtigkeitsvorstellungen zu geringeren Kosten realisieren, also gleichzeitig Schritte auf beide Zielsetzungen hin tun.

Internationale Wettbewerbsordnung

Auf zunehmend weltumspannenden Märkten mit einer rasanten Zunahme der internationalen Unternehmenszusammenschlüsse und -kooperationen stellen sich neue Fragen für die internationale Wettbewerbsordnung, wie z.B. die zunehmende Verquickung von protektionistischen Instrumenten und Maßnahmen der aktiven (strategischen) Industriepolitik. Es geht hier um eine wirksame internationale Aufsicht über das Einhalten von handelspolitischen Spielregeln, die es auch Entwicklungsländern erlauben, ihre Armut aus eigener Kraft zu überwinden.

Ökologie und Marktwirtschaft

Wie die staatliche Rahmenordnung umgestaltet werden soll, damit mit dem einst freien Gut ›Umwelt‹ ökonomisch sinnvoll umgegangen wird, steht im Vordergrund dieses Themenbereichs. Damit sind Fragen des nachhaltigen Wachstums (›sustainable development‹) angesprochen, nach zweckmäßigen Instrumenten des Umweltschutzes angesichts der Schwierigkeit, einzelne Umweltbelastungen wie Schadstoffemissionen, Flächenverbrauch, Lärm- und Unfallkosten zu erfassen und zu bewerten und die Kosten und Nutzen unterschiedlicher Arrangements im Umweltschutz miteinander zu vergleichen. Auch das Spannungsfeld zwischen internationalem Handel und Umweltschutz soll Gegenstand der Analysen sein.

IV. Anlage und Durchführung des Forschungsprogramms

Das Forschungsprogramm wurde 1992 von der Bertelsmann-Stiftung, der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Friedrich Spee Stiftung gemeinsam initiiert. Die Bertelsmann Stiftung hat die Projektführung übernommen, arbeitet jedoch in der Ausrichtung des Programms eng mit der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Friedrich Spee Stiftung zusammen.

Finanziert wird das Projekt »Weiterentwicklung und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft« von der Bertelsmann Stiftung und der Friedrich Spee Stiftung. Das Forschungsprogramm ist mit einem Förderungsvolumen von 4 Millionen Mark ausgestattet und zunächst auf einen Förderungszeitraum von 4 Jahren angelegt.

Mit der Leitung und Durchführung des Forschungsprogramms wurde das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel beauftragt, da es mit seiner breitgefächerten Expertise, seiner ordnungspolitischen Orientierung und seinen vielfältigen Kontakten zur internationalen Fachwelt, welche auch im Rahmen der Projektrealisierung beteiligt werden soll, einen geeigneten Kooperationspartner für dieses ambitionierte Vorhaben darstellt. Innerhalb des Institutes hat Herr Dr. Rüdiger Soltwedel die verantwortliche Projektleitung übernommen.

Die wissenschaftlichen Analysen in den 5 Forschungsbereichen umfassen Einzelstudien zu konkreten Themenstellungen, internationale Workshops und Symposien, welche vom Institut für Weltwirtschaft koordiniert werden. Ein Großteil der Forschungsprojekte werden im Institut selbst durchgeführt, zu Einzelfragen sollen auch Gutachten an externe Experten vergeben werden. In zahlreichen Konferenzen und mit der Publikation von Forschungsberichten und Einzelstudien sollen die Ergebnisse der jeweiligen Forschungsschwerpunkte laufend einer breiten (Fach-)Öffentlichkeit vorgestellt werden, mit dem Ziel, in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik einen lebhaften Diskussionsprozeß über die behandelten Themenstellungen in Gang zu setzen.

V. Leitfragen einer Erneuerung der marktwirtschaftlichen Ordnung

1. Forschungsschwerpunkt »Ethik und Markt«

Der Niedergang des Kommunismus ist als »Ende der Geschichte« bezeichnet worden, als Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit mit einem weltweiten Konsens über die Legitimität der liberalen Demokratie als Regierungssystem. Vielfach wird der Bankrott des Sozialismus jedoch

auch bedauernd als Ende eines gleichsam vorgezeichneten geschichtlichen Prozesses der Realisierung humanistischer Ideale angesehen, die sich der Sozialismus ans Banner geheftet hat und von denen vor allem für junge Menschen oft eine unwiderstehliche Anziehung ausging, gerade weil diese humanistischen Ideale dem sozialistischen Bemühen explizit als Zielsetzung vorgegeben wurden. Dies machte eine spontane, oft emotionale Identifizierung mit ihr so einfach.

Es ist evident und handgreiflich geworden, daß der Sozialismus nicht in der Lage war, die Bevölkerung in seinem Einflußbereich dauerhaft mit dem Nötigsten zu versorgen, geschweige denn, nachhaltig zunehmenden Wohlstand zu ermöglichen. Sichtbar wurde auch, daß die existentielle Bedrohung durch Umweltschäden ungleich größer ist als in westlichen Wirtschaftssystemen und – das wiegt am schwersten – daß dieses System der Unfreiheit in Form der allgegenwärtigen Überwachung, Bespitzelung und sogar physischer Unterdrückung bedurfte. Gleichwohl fällt vielen Bürgern eine Identifizierung mit dem marktwirtschaftlichen System schwer.

Trotz – oder vielleicht auch gerade wegen – des Erfolges der Marktwirtschaft wird moniert, sie habe keine ethische Verankerung, sondern stütze sich einseitig auf Egoismus und wirtschaftliche Macht, sei eine bloße Wohlstandsmaschine, habe keine Ideale. Und der Erfolg bedeute noch lange nicht ›Wohlstand für alle‹, sondern gehe einher mit gravierenden sozialen Problemen, plakativ umschrieben mit dem Schlagwort der ›Zweidrittel-Gesellschaft‹, das die systematische Ausgrenzung und Vereinzelung von bestimmten sozialen Gruppen und Menschen als Wesensmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft behauptet.

Es wurde jedoch oft übersehen, daß diejenigen, die maßgeblich zur Entwicklung der Marktwirtschaft beigetragen haben, immer auch Moralphilosophen waren. Sie haben mit Nachdruck hervorgehoben, daß Wirtschaften nicht Selbstzweck ist, sondern ein Mittel, um bestimmte individuelle und gesellschaftspolitische Zielsetzungen zu erreichen, und daß amoralisches Wirtschaften in einer Marktwirtschaft auf Dauer keinen Bestand haben wird. Und sie wurden nicht müde zu unterstreichen, daß es effizienter staatlicher Rahmenordnungen bedarf, um die segensreichen Wirkungen des marktwirtschaftlichen Prozesses sicherzustellen. Freiheit, Ordnung und Moral stehen in einem engen, unauflösbaren Zusammenhang.

Dies aufzuzeigen und deutlich zu machen, daß es, um die Soziale Marktwirtschaft vor Gefährdung durch wirtschaftliche Machtkonzentration und vor einer Überforderung durch Anspruchsdenken zu bewahren, einer fortwährenden Überprüfung und Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen bedarf, ist eines der wichtigsten Anliegen dieses Forschungsprogramms. Die tragende Idee ist dabei, den elementaren Zusammenhang von Freiheit und Ordnung in einem offenen Gesellschaftssystem zum Ausgangspunkt einer breiten Debatte über die Fort-

schreibung und Weiterentwicklung des marktwirtschaftlichen Konzeptes als zukunftsorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu machen. Es gilt zu verhindern, daß sich Gefälligkeitsdemokratie in der Befriedigung egoistischer organisierter Interessen verfängt und einer Verbändegesellschaft mehr ähnelt als einer Bürgergesellschaft, in der sich ›individual pursuit of happiness‹ symbiotisch verbindet mit Verantwortung, Anerkennung von Leistung und Mitmenschlichkeit.

2. Forschungsschwerpunkt ›Führung und Motivation‹

Mit steigendem Wohlstand, zunehmender Bildung und größerer Gleichheit der Lebensverhältnisse streben die Menschen nicht nur nach mehr Wohlstand, sondern sie fordern, daß ihre Autonomie als freie Individuen respektiert wird.

Arbeit stellt nach wie vor die wichtigste Form der Existenzsicherung der Menschen dar. Sie vollzieht sich zumeist in Unternehmen. Die Arbeitsgesellschaft ist einem nachhaltigen Wandel unterworfen, in erster Linie durch ein sich wandelndes Selbstverständnis der Individuen: Mit zunehmendem Wohlstand tritt die bloße Existenzsicherung in den Hintergrund, und das, was gemeinhin mit ›individueller Selbstverwirklichung‹ bezeichnet wird, wird immer wichtiger. Eine hohe Identifikation der/des einzelnen mit dem Unternehmen, in dem sie/er arbeitet, beeinflußt maßgeblich den Erfolg des Unternehmens. Dies muß zu organisatorischen und institutionellen Änderungen in Unternehmen führen, um den Mitarbeitern die gebotene Anerkennung entgegenzubringen: Die Anerkennung wird zum entscheidenden Faktor für die Einbindung der Mitarbeiter in das Unternehmen und ihre Motivation, zur Leistungsfähigkeit des Unternehmens tatkräftig beizutragen. Mit anderen Worten: Menschenführung in Unternehmen wird zu einem wichtigen Wettbewerbsfaktor.

In komplexen Organisationen wie Unternehmen ist es besonders schwierig, die Leistungsbereitschaft aufrechtzuerhalten. Das ist vor allem dadurch bedingt, daß Eigentum und Verfügung über dieses Eigentum häufig auseinanderfallen, Kapitaleigner also Manager mit der Geschäftsführung beauftragen. In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur hat dieses klassische ›Prinzipal-Agent-Problem‹ ein nachhaltiges Echo gefunden. Das Problem besteht darin, daß der Prinzipal die Handlungen des Agenten nur unzulänglich überwachen und auch die wirtschaftliche Lage des Unternehmens nicht immer zutreffend beurteilen kann. Insofern besteht die Möglichkeit, daß die Zielsetzung des Managers sich von der Zielsetzung des Kapitaleigners unterscheidet und damit das Unternehmen unter Umständen weniger effizient geführt wird, als es dem Prinzipal vorschwebt. Das Problem von nicht leistungsbezogenen Anreizen erstreckt

sich jedoch nicht allein auf die Managerebene; es tritt auf allen Ebenen des Unternehmens auf, auf denen die Kontrollkosten hoch sind und die Leistungsmessung schwierig ist.

Der Eigentümer-Unternehmer, bei dem die Anreiz- und Überwachungsprobleme noch vergleichsweise gering sind, ist zu einer eher seltenen Spezies geworden, die auch möglicherweise als Leitbild unternehmerischer Führung überholt ist. In der Wirtschaft führten die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und die zunehmende internationale Integration von Märkten zu Anforderungen an Kapitalbedarf und Führung, die das System des Eigentümer-Unternehmers möglicherweise überfordern, und in großen Unternehmenskomplexen erfordert der intensivierete Wettbewerbsdruck eine Evolutionsfähigkeit, der die Unternehmensspitze allein oft nicht mehr entsprechen kann. Eine weitgehende Delegation von Verantwortung und Gewährung von Gestaltungsfreiräumen sind zu führungs-technischen Notwendigkeiten geworden.

Mitarbeiterführung

Das polarisierende Denken in Klassen (Arbeiter, Kapitalisten, dazwischen leitende Angestellte) wird diesen komplexen Anforderungen nicht mehr gerecht, ebensowenig wie zentralistische Lösungsversuche von Konflikten auf der Ebene von kollektiven Organisationen. Hohe gesellschaftliche Akzeptanz und überlegene Leistungsfähigkeit fordern demgegenüber eine stärkere Identifikation mit und Anerkennung in den Unternehmen.

Abgesehen davon, daß die menschliche Akzeptanz zu einer unverzichtbaren Bedingung geworden ist, hat Menschenführung im Unternehmen auf eine leistungsgerechte Entlohnung zu achten. Investivlohnmodelle und Kapitalbeteiligungsüberlegungen sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben; der ihnen zugrundeliegende Gedanke umfaßt auch Fragen der Mitsprache und Verantwortungsübernahme, auf die im Abschnitt »Führung, Mitbestimmung und Akzeptanz« eingegangen wird.

Mehr Freiraum fordern die Individuen auch hinsichtlich der Gestaltung ihrer täglichen, wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit. Der technische Fortschritt im Abrechnungswesen und in den Produktionsabläufen dürfte die Kosten der Realisierung dieser Wünsche nachhaltig senken.

Bei individueller Selbstverwirklichung ist auch an jene älteren Menschen zu denken, die später, als es das Gesetz vorschreibt, oder noch nicht vollständig aus dem Erwerbsleben ausscheiden wollen. Eine längere Lebensarbeitszeit ist angesichts der demographischen Entwicklung ohnehin angezeigt. Auch hier sind unternehmerische Initiativen wichtig.

Neue Formen der Arbeitsorganisation, die durch den technischen Fortschritt gleichsam erzwungen werden, eröffnen die Perspektiven, daß das

Arbeitskräftepotential zu einem entscheidenden Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen (und damit für die Wachstumsmöglichkeiten der Volkswirtschaft) wird. Die neuen Arbeitsplätze werden vermutlich höhere Anforderungen an die Qualifikationen der Arbeitnehmer stellen, und die Qualifikationsprofile werden sich auch schneller – und für jeden einzelnen Arbeitnehmer wiederholt – verändern. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit des ›lebenslangen Lernens‹.

Fähigkeit und Möglichkeit der Unternehmen, den Anforderungen der post-tayloristischen Informationsgesellschaft gerecht zu werden und ihre Arbeitsorganisation entsprechend zu adaptieren, hängt in starkem Maße von Bildungsmöglichkeiten ab. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die staatlichen Bildungseinrichtungen sich vermutlich eher träge als vorausgreifend auf diese erhöhten Anforderungen einstellen. Damit kommen – und weil es um möglichst anwendungsnahe Qualifikationen geht – den betrieblichen Aus- und Weiterbildungseinrichtungen besondere Bedeutung zu ebenso wie, allgemein gesprochen, den Anstrengungen der Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften. Und es wird auch nicht zuletzt auf die Einstellung der Individuen ankommen, Ausbildung stärker als Zukunftsinvestition denn als staatlich geförderten Konsum anzusehen – mit anderen Worten, sie werden ihre Eigenanstrengungen verstärken müssen.

Die Implementierung eines Systems lebenslangen Lernens und Weiterbildens mag einerseits eine engere Koordinierung der wichtigsten Anbieter und neue Netzwerke von Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen erfordern. Andererseits sollte aber auch das Wettbewerbselement im Bildungsbereich verstärkt werden, um die Suche nach neuen Formen, gerade auch im Bereich der Erwachsenenbildung, möglichst wirksam und kostengünstig zu gestalten. Mehr Wettbewerb sollte auch im Bereich der Primärerziehung angestrebt werden, der bislang als klare Domäne des Staates angesehen wird.

Entscheidungs- und Organisationsstruktur in Unternehmen

Der technologische Wandel – insbesondere die ›telematics-revolution‹ – hat tiefgreifende Wirkungen auf die interne Struktur von Unternehmen. Die Funktionen Forschung und Entwicklung (FuE), Design, Produktion und Marketing werden durch Informationstechnologien verändert. Diese eröffnen die Möglichkeit, von standardisierter Massenproduktion auf differenzierte Massenproduktion umzustellen. Die Unternehmen können so auf neue Anforderungen von Märkten reagieren, die sowohl größer als auch anspruchsvoller sind.

Die Flexibilität der Produktion schlägt sich auch in einer grundlegenden Transformation der internen Organisation von Unternehmen nieder,

nicht nur, was die Investitionen im Humankapital betrifft, sondern auch in bezug auf eine effiziente Arbeitsorganisation. Auch wenn spezifische sozio-kulturelle Faktoren in jedem Land eine wichtige Rolle spielen für die vorherrschenden Modelle der Arbeitsorganisation, so verdichtet sich, daß das Produktionssystem der Zukunft, oft als ›Post-Fordismus‹ apostrophiert, sehr viel stärker als bisher die Qualifikation, Flexibilität und Motivation der Arbeitskräfte abstellen wird. Die Assimilierung von neuen Technologien auf Unternehmensebene erfordert weitgehende Anpassungen. Sie erfordert Veränderungen in der Organisation und eine Neuordnung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten. Sie erfordert auch neue Formen der Kooperation auf und zwischen verschiedenen Ebenen des Unternehmens.

Die ›fordistische‹ Industrieproduktion, die über mehrere Generationen hinweg die industrielle Aktivität dominierte, gründete auf einer tiefgehenden Arbeitsteilung im Unternehmen. Die Betriebsstätten waren hochmechanisiert mit stark spezialisierten Anlagen; Arbeitskräfte waren häufig wenig qualifiziert und ihre Tätigkeit eng begrenzt und auf dauernde Wiederholung angelegt. Die Produktivität wurde durch Skalenerträge geprägt, und die Umsätze beruhten auf Massenprodukten. Insgesamt waren die Produktionsprozesse durch relativ starre Abläufe charakterisiert. Vertikale und horizontale Integration innerhalb großer Unternehmen war bedeutsam in diesem Modell.

Das ›Ford-Modell‹ geriet zunehmend unter die starke Konkurrenz des ›Toyota-Modells‹. Dieses zielte auf erhöhte Flexibilität und Qualitätssteigerung, ohne dabei auf die Vorteile der Standardisierung zu verzichten, deren Flexibilität freilich ebenfalls gesteigert wurde. Um die Transaktionskosten zu senken, wurden die Produktionsabläufe durch ›just-in-time‹-Produktion optimiert. Dies hatte eine enge Kooperation mit Abnehmern zur Voraussetzung und stützte sich auf langfristig orientierte Zulieferverbindungen. Formelle und informelle Kooperation mit anderen Unternehmen spielte also eine immer bedeutendere Rolle in den Unternehmensstrategien.

Ein weiterer Entwicklungstrend in der Veränderung der Unternehmensorganisation ist das Auftreten der ›network firm‹. Dieser Begriff geht zurück auf Untersuchungen über japanische Firmen und die Arbeitsorganisation in diesen Unternehmen. Das Netzwerk-Unternehmen ist gekennzeichnet durch veränderte funktionale Spezialisierungsmuster: Management-Funktionen und die finanziellen Entscheidungen werden stärker zentral gebündelt und neue Formen von Verbindungen (›linkages‹) zwischen ›core‹- und ›hub‹-Unternehmen (Divisionen) und dezentralisierten, weitgehend autonomen Produktionseinheiten wurden etabliert. Die Möglichkeiten der Telematik ausnutzend, geht das Netzwerk-Unternehmen sehr viel mehr Joint-ventures und andere Formen von Vereinbarungen zwischen

Unternehmen ein. Dieses Muster weiter ausbauend, wird antizipiert, daß sich regionale ›sub-core‹-Unternehmen herausbilden, die eingebunden sind in globale Verflechtungen. Dies wird häufig als ein neues Element für die künftige Organisation von multinationalen Unternehmen angesehen. Jedoch wird dem ›networking‹ auch Bedeutung für kleinere und mittlere Unternehmen zugesprochen.

Führung, Mitbestimmung und Akzeptanz

Ein wichtiges Element für den Erfolg der Einführung von neuen Technologien in Unternehmen ist sicherlich das Ausmaß der Akzeptanz seitens der Arbeitnehmer. Damit sind unmittelbar Fragen nach einer effizienten Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb und im Unternehmen insgesamt aufgeworfen. Die Gewerkschaften, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern vor allem auch in skandinavischen Ländern, möchten ein unmittelbares Mitspracherecht haben im Prozeß der Auswahl und der (›sozialverträglichen‹) Einführung von neuen Technologien. Inwieweit das deutsche Mitbestimmungsrecht in diesem Zusammenhang als zweckmäßig oder reformbedürftig erscheint, sollte im Rahmen dieses Forschungsprogramms eingehend geprüft werden. Eine wichtige Frage ist die Rolle der Mitbestimmung im Zusammenhang mit der Haftung (›wer mitbestimmt, muß auch mithaften‹). Damit wiederum verbunden sind auch Aspekte der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, die sich bis zu der Grenzform des durch Arbeitnehmer verwalteten Unternehmens erstrecken.

Folglich rücken Fragen nach dem Eigentümer in den Vordergrund, nach dessen Möglichkeiten, die Unternehmenszielsetzung zu bestimmen und zu überwachen, ob und wie diese angestrebt und erreicht wird. In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur werden diese Fragen vornehmlich unter den Stichworten ›Prinzipal-Agent-Problem‹ und ›corporate governance‹ analysiert. Sie reichen von der Untersuchung der zweckmäßigen Organisation von Unternehmen bis zur Betrachtung der Konkursgesetze, der Wertpapiermärkte und des Bankensystems.

Untersuchungsleitende Fragestellungen

In diesem Bereich des Forschungsprogramms werden vor allem folgende Fragestellungen aufgeworfen:

- Entsprechen die heutigen Entlohnungsstrukturen und Entlohnungsformen dem Erfordernis der Leistungsgerechtigkeit?
- Wie haben sich die Zusammenhänge zwischen Produktionssystem und Arbeitsorganisation verändert? Wie verändern sich die Qualifikationsanforderungen aus der Sicht der Unternehmen?

- Was beinhaltet die Forderung nach dem ›lebenslangen Lernen‹ für die staatliche Bildungspolitik? Was könnte die Rolle des Wettbewerbs in der Bildungspolitik sein? Wie sähe eine marktwirtschaftlich sinnvolle Gestaltung von Bildung aus?
- Welche arbeitsrechtlichen Konsequenzen hat die Notwendigkeit nach erhöhter Flexibilität im Arbeitseinsatz (z.B. hinsichtlich Sozialplan, Arbeitsvertragsformen, Werk- und Dienstverträgen)?
- Welche Einschränkungen bestehen gegenwärtig hinsichtlich der Verfügungsrechte von Eigentümern an Unternehmen? Wie beeinflussen sie die Festlegung und Durchführung von Unternehmenszielsetzungen? Sind die deutschen Mitbestimmungsvorschriften ein Hemmfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen?
- Welche Trends sind festzustellen hinsichtlich der organisatorischen Struktur von Großunternehmen?
- Welche Instrumente (Bonussysteme, Haftungsregeln etc.) sind in der Diskussion, um die Transaktionskosten der Überwachung in Großunternehmen zu vermindern?
- Welche Hemmnisse bestehen für ein effizientes Funktionieren der Finanzmärkte als ›corporate control‹? Welche Rolle sollten Instrumente wie ›hostile take-over‹, ›leveraged-buy-out‹ oder ›management-buy-out‹ spielen?
- Welches sind die Vorteile des Universalbankensystems im Vergleich zum Trennbankensystem? Welche Rolle spielt hierbei die internationale Tendenz zur Liberalisierung der Wertpapiermärkte?
- Welche Bedeutung hat die Bankenstruktur für den Zeithorizont der Eigentümer und der Unternehmensplanung (›short-term-orientation‹ [USA] versus ›long-term-orientation‹ [Japan])? Welche Rolle spielt hierbei die Notwendigkeit, erhebliche finanzielle Mittel aufzubringen, um langfristig in FuE zu investieren? Sind gesetzliche Beschränkungen für Beteiligungen von Banken an Unternehmen zweckmäßig?

3. Forschungsschwerpunkt ›Markt und Staat‹

Entscheidend für das Ergebnis des wirtschaftlichen Geschehens ist die Intensität des Wettbewerbs, der auf den Märkten herrscht. Er ist – im Sinne Friedrich von Hayeks – das effizienteste Entdeckungsverfahren für kostengünstigeres Produzieren und für das Aufspüren neuer Güter und Dienstleistungen. Zugleich wirkt er wirtschaftlichem Machtmißbrauch vor, vor allem dann, wenn der Wettbewerb über die Grenzen hinweg nicht beschränkt ist.

Häufig wird behauptet, höhere wirtschaftliche Effizienz gehe zu Lasten sozialer Gerechtigkeit. Dies ist jedoch für die meisten Industrieländer we-

nig plausibel: Reformen der Rahmenordnung mit dem Zweck, den Wettbewerb auf den Gütermärkten zu erhöhen, die Flexibilität der Faktormärkte zu vergrößern sowie die Effektivität und Effizienz des öffentlichen Sektors zu verbessern, zielen allesamt darauf, sowohl dem Ziel der höheren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als auch dem sozialen Ausgleich näher zu kommen.

Auf die Stärke der Leistungsanreize – und damit auf die Vitalität der Marktwirtschaft – wirkt unmittelbar, wenn es Interessentengruppen gelingt, den Staat zu veranlassen, den Druck der Marktkräfte auf ihren Wirtschaftsbereich abzumildern oder gar ganz auszuschließen. Dieses Rent-seeking ist um so eher erfolgreich, je leichter sich der Kreis der direkt Begünstigten organisieren läßt im Vergleich zu jenen, die letztlich über vielfältige Wirkungsmechanismen die Kosten von solchen staatlichen Interventionen in den Marktprozeß tragen müssen.

Auch im Spannungsfeld von Wettbewerb und Sozialpolitik werden die individuellen Leistungsanreize verändert. Die soziale Frage haben die marktwirtschaftlichen Ordnungen der Industrienationen in unterschiedlicher Weise in ihr Ordnungssystem integriert. Hier besteht offenbar ein breites Spektrum von Lösungsansätzen. Grundsätzlich gibt es hier einen Zielkonflikt zwischen der langfristigen Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems, den dafür erforderlichen Anreizstrukturen und einer auf Umverteilung ausgerichteten Sozialpolitik. Vielen sozialen Sicherungssystemen ist eine ›moralische Versuchung‹ (moral hazard) inhärent, die die Kosten der sozialen Sicherung erhöht.

Eine wichtige Aufgabe bei der Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ist es deshalb, stets zu überprüfen, wo die Trennungslinie zwischen staatlichem und privatem Handeln verläuft. Das bedeutet insbesondere, die notwendige Staatstätigkeit auf die Kernbereiche zu konzentrieren, d.h. auf den ordnungspolitischen Rahmen sowie die markt- und wettbewerbskonforme Ausgestaltung des wirtschaftspolitischen Handelns, soweit es über die reine Rahmengestaltung hinaus unerläßlich ist, und die Effizienz des staatlichen Handelns selbst kontinuierlich zu erhöhen.

In der Sozialen Marktwirtschaft ist der Staat also nicht lediglich ein ›Nachtwächter‹. Es bedarf im Gegenteil sogar eines starken Staates, der sich im Interesse der gesamten Volkswirtschaft dem Drängen der vielfältigen und mächtigen Interessengruppen erwehren kann. Andernfalls besteht die permanente Gefahr, daß die marktwirtschaftliche Effizienz überfrachtet wird durch staatliche Umverteilung, Regulierung und Subvention.

Wettbewerbsrecht, Deregulierung, Privatisierung

In der Wettbewerbspolitik geht es einerseits darum, den Wettbewerb zu schützen vor Entartung durch Kartelle und marktbeherrschende Positionen; andererseits die dynamischen Funktionen des Wettbewerbs zu erhalten, d.h. nicht Schutz vor Wettbewerb zu bieten und dabei in verwalteten Wettbewerb abzugleiten. Wettbewerbsrechtliche Kontrollen sind national und in der EG nach wie vor unverzichtbar, noch wichtiger sind künftig offene Märkte durch Abbau der Marktzutritts- und -austrittsschranken im Innern und nach außen. In diesem Zusammenhang gehört zur Förderung des dynamischen Wettbewerbs auch, das zu dicht gewordene Netz von Marktregulierungen aufzulockern. Regulierer ist nicht nur der Staat selbst, sondern es sind dies auch – in seinem Auftrag oder mit seinem Einverständnis – die Unternehmensverbände, die Sozialpartner, die Standesorganisationen. Durch Deregulierung müssen geschützte Märkte geöffnet werden. Erst wenn die Märkte offen sind, kann der Wettbewerb seine wirtschaftlichen Funktionen erfüllen.

Marktöffnung muß sich auch auf Bereiche erstrecken, in denen der Staat der wichtigste Anbieter von Gütern und Dienstleistungen ist. Durch Privatisierung lassen sich in vielen Fällen Leistungen billiger und oft auch besser erbringen. Auch Infrastrukturinvestitionen und -leistungen sollen dort verstärkt privat organisiert und finanziert werden, wo dies effizienter als durch staatliche Bereitstellung möglich ist.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Die Probleme der Arbeitslosigkeit zu mindern und dem Entstehen von Arbeitslosigkeit vorzubeugen ist wichtig für die Akzeptanz eines beschleunigten strukturellen Wandels. Hierbei werden Fragen nach der zweckmäßigen Gestaltung der staatlichen Arbeitsmarktpolitik aufgeworfen, bei der Einkommensersatzleistungen nach wie vor im Vordergrund stehen. Es wäre zu prüfen, ob z.B. ein System von Qualifikationsgutscheinen auf breiter Front eingesetzt werden könnte, um den Individuen zu helfen, schneller aus der Arbeitslosigkeit herauszufinden. Auch könnte die Kapitalisierung von Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung als Starthilfe für den Beginn einer unternehmerischen Aktivität in Betracht gezogen werden. Selbstverwirklichung in der ›active society‹ verlangt, daß das gesamte Arsenal der Arbeitsmarktpolitik aus dem Blickwinkel der leichten Wiedereingliederung in den Beschäftigungsprozeß überprüft wird.

Man wird dabei auch nicht umhin kommen, das Regulierungssystem des Arbeitsmarktes daraufhin zu durchleuchten, wie das ›Insider-Outsider-Problem‹ durch das Absenken von Marktschranken entschärft werden

kann. Zum Teil sind es Fragen arbeitsrechtlicher Art, die damit angesprochen sind. Hier wird es aber auch nötig sein, direkt in Unternehmen (verschiedener Größenklassen) der Frage nachzugehen, welche Rolle eine größere Lohndifferenzierung spielen könnte, warum nur wenig Unternehmen, die nicht Arbeitgebervereinigungen angehören, von sich aus eine größere Differenzierung realisieren. Kurz, man wird das Spektrum von Deregulierungsvorschlägen für den Arbeitsmarkt erneut auf den Prüfstand stellen müssen, und zwar (1) aus der Perspektive der Unternehmen, die ja letztlich die Einstellungs- (und Entlassungs-)entscheidung treffen, und (2) aus dem Blickwinkel des gesellschaftlichen Konsens über soziale Standards und das Gerechtigkeitsempfinden, oder – mit anderen Worten – aus der Bewertung paternalistischer Vorkehrungen des Staates oder der Präferenz für mehr individuelle Selbstverantwortung.

Auch ist die Steuerpolitik daraufhin zu überprüfen, ob und inwieweit sie Ansatzpunkte bietet, private Philanthropie zu stärken, um soziale Fragen nicht lediglich in den Handlungsauftrag des Staates zu verweisen, sondern als mitmenschliche Verpflichtung hervorzuheben.

Leistungsorientierte Steuerpolitik und Subventionsabbau

Die zunehmende internationale Interdependenz von Faktor- und Gütermärkten, die mit verstärktem Wettbewerbsdruck einhergeht, sowie die Liberalisierung der Finanzmärkte stellen auch die Steuerpolitik unter den Zwang des internationalen Wettbewerbs, der steuerinduzierte Verzerrungen aufdeckt und Anpassungen erzwingt. Das betrifft vor allem das Ausmaß der Progressivität und die Steuerbemessungsgrundlagen in der Einkommens- und Gewinnbesteuerung sowie das Verhältnis von direkter und indirekter Besteuerung. Die Transparenz des Steuersystems selbst und die Qualität der öffentlichen Leistungen sind bedeutsame Faktoren, die die Steuermoral der Bürger nachhaltig beeinflussen.

Subventionsabbau ist dringend geboten, insbesondere in diesen Zeiten, in denen Kapitalmangel besteht und die öffentlichen Haushalte unter großen Konsolidierungszwang geraten sind. Subventionen haben nicht nur die ihnen zugrundeliegenden Zielsetzungen nicht erreicht, oder nur zu sehr hohen Kosten, sowohl hinsichtlich der budgetären Belastung als auch durch die Verzerrung im Einsatz der Ressourcen, nicht zuletzt auch durch die Diskriminierung gegen kleine und mittlere Unternehmen. Sie haben auch überzogene Entlohnungsansprüche zur Folge und damit – über einen verstärkten Druck auf die Geld- und Finanzpolitik – auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflusst.

Untersuchungsleitende Fragestellungen

Folgende Fragen sollten in diesem Teil des Forschungsprogramms vor allem untersucht werden:

- Welche Hemmnisse stehen der Implementierung der Vorschläge der De-regulierungskommission für Markttöffnung und Wettbewerb im Dienstleistungssektor entgegen? Wodurch lassen sie sich vermindern?
- Wo bestehen unausgenutzte Möglichkeiten zur Privatisierung? In welchen Bereichen und in welcher Form ist eine verstärkte Beteiligung des privaten Sektors an Infrastrukturprojekten zweckmäßig?
- Welches ist das einer ›active society‹ angemessene System der Arbeitsmarktpolitik? Welche Konsequenzen können aus den Erfahrungen in den skandinavischen Ländern gezogen werden? Wie lassen sich Einkommensersatzleistungen sinnvoll in ein Konzept der ›active society‹ eingliedern? Welche Rolle können Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften spielen?
- Welche Implikationen folgen aus dem Korrelat ›Selbstverwirklichung/Selbstverantwortung‹ für die staatliche Sozialpolitik, z.B. hinsichtlich der Anknüpfung an den Arbeitsvertrag, das Einkommen als Bemessungsgrundlage statt Risikoerwägungen (Selbstbeteiligung, Wahlfreiheit)?
- Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem internationalen Standortwettbewerb für die Steuerpolitik? Welchen Beitrag kann die Steuerpolitik leisten, um den Kapitalbedarf im Zuge des Transformationsprozesses in den neuen Bundesländern und in Osteuropa zu befriedigen?
- Welches sind die volkswirtschaftlichen Kosten und Erträge von Subventionen? Bietet eine höhere Transparenz in diesem Bereich einen Ansatzpunkt, Politiker aus ihrem Gefangenendilemma gegenüber den Interessengruppen herauszulösen? Wodurch kann die Widerstandskraft der Politiker gegen ›Rent-seeker‹ vergrößert werden?

4. Forschungsschwerpunkt ›Internationale Wettbewerbsordnung‹

Zur Rolle der Wettbewerbspolitik

Die letzten Jahre haben sowohl in Europa als auch in den Vereinigten Staaten eine wahre Flut von Unternehmenszusammenschlüssen und -übernahmen mit sich gebracht. Zwar mag dies aus einzelwirtschaftlicher Sicht wie auch aus der Konsumentenperspektive durchaus gewinnbringend sein, gleichwohl darf nicht aus dem Blick verloren werden, daß mit zunehmend größeren wirtschaftlichen Einheiten auch die Gefahr der Machtkonzentration und des Machtmißbrauchs ansteigt.

In der Gestaltung und Anwendung des Wettbewerbsrechts und in der Wettbewerbspolitik haben die Staaten die sich verändernden Strukturen nationaler und internationaler Märkte einzubeziehen. Die Wettbewerbspolitik hat eine fragile Balance zu halten zwischen

- der Kontrolle der Konzentration von Marktanteilen mit ihrem Potential für Machtmißbrauch einerseits und der Behinderung institutioneller und organisatorischer Innovation andererseits;
- der Förderung von Innovation und Diffusion von neu erworbenem Wissen durch die Erlaubnis für Unternehmen einerseits, Risiko und Ressourcen im Bereich von Forschung und Entwicklung gemeinsam zu tragen; und der Duldung von kartellmäßigem Verhalten andererseits, das über die gerechtfertigten Zielsetzungen von FuE->Joint-ventures hinausgeht oder, noch bedenklicher, lediglich aggressive Industriepolitik kaschiert.

An der Schnittstelle von internationaler Handelspolitik und nationaler Wettbewerbsaufsicht versagen freilich die Mittel, die den nationalen Behörden zu Gebote stehen. So läßt sich zeigen, daß international tätige Konzerne häufig in der Lage sind, auf handelspolitische Maßnahmen Einfluß zu nehmen (z.B. Anti-Dumping-Zölle), in deren Gefolge sie über Kartellabsprachen mit anderen inländischen oder befreundeten Unternehmen außerordentlich hohe Gewinne realisieren können. Selbst wenn es, was durchaus nicht immer der Fall ist, zu Strafen durch die Kartellbehörden kommen sollte, ist meistens zu verzeichnen, daß die Gewinne die Sanktionen um ein Vielfaches übersteigen. Damit besteht ein starker Anreiz für eine mißbräuchliche Ausnutzung der Marktmacht. Letztlich ist die Wettbewerbsaufsicht der Kartellbehörden nur ein stumpfes Schwert, im Vergleich zur Disziplinierungsmacht der internationalen Konkurrenz. Der freie internationale Handel ist der wohl effizienteste Wachhund für Wettbewerb.

Veränderte Bedingungen im Umfeld der internationalen Handelspolitik

Das schnelle Wachstum des internationalen Handels – es überstieg regelmäßig den Anstieg des realen Sozialprodukts im OECD-Bereich – war zugleich Ursache und Ausdruck der steigenden internationalen Interdependenz. Ein wichtiges Element in diesem Prozeß war das Bemühen der Produzenten, weltweit aktiv zu werden, mit positiven Auswirkungen auf die Effizienz durch Skalenerträge und Lerneffekte.

Eng verbunden mit der verstärkten Interdependenz auf Unternehmensebene über Ländergrenzen hinweg ist ein zweiter Trend: die zunehmende Bedeutung von eher binnenwirtschaftlich orientierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen für den internationalen Handel. Die Instrumente der

Handelspolitik haben sich verändert: Nach mehreren erfolgreichen Zollsenkungsrunden haben andere handelshemmende Instrumente an Bedeutung gewonnen, nicht-tarifäre Handelshemmnisse und binnenwirtschaftliche Maßnahmen. Diese Instrumente sind in der Regel weniger transparent als zollpolitische Maßnahmen und können auf spezifische protektionistische Wünsche zugeschnitten werden (»tailor-made protectionism«).

Eine dritte Komponente im sich wandelnden Umfeld der Handelspolitik ist die Bedeutung, die Regierungen der Innovation und der Entwicklung von High-tech-Industrien für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften beimessen. Die Betonung von »high technology« spiegelt die Erkenntnis wider, daß von diesem Lerneffekte ausgehen, die für den Handel und nachhaltigen Wachstumsprozeß bedeutsam sind. Mit dem Aufkommen der Theorie der strategischen Handelspolitik sind die Argumente, mit denen Staatseingriffe in den Markt scheinbar ökonomisch begründet werden können, ohne Zweifel zahlreicher geworden als früher. Allerdings sind die Erfolgsaussichten einer strategischen Handels- und Industriepolitik an äußerst restriktive Bedingungen geknüpft, die in der Praxis kaum erfüllt sind. Gleichwohl scheint sie sich in wichtigen Bereichen zum herrschenden Prinzip zu entwickeln. In diesen Bereichen besteht die Gefahr, daß alle Länder zusammen in ein Gefangenens-Dilemma geraten, bei dem die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt überall niedriger ist als bei Freihandel, bei dem sich aber jedes einzelne Land noch stärkere Wohlfahrtsverluste ausrechnet, wenn es einseitig strategische Politikmaßnahmen zurücknimmt. Hier wird mehr und mehr diskutiert, ob neue internationale Spielregeln entwickelt werden sollen, die einen international koordinierten Rückzug aus der strategischen Handels- und Industriepolitik ermöglichen sollen.

Untersuchungsleitende Fragestellungen

Die Forschungsschwerpunkte in diesem Bereich liegen bei folgenden Fragestellungen:

- Wie haben sich die Unternehmensstrategien im Hinblick auf FuE, Produktdesign, Beschaffung und Produktion verändert?
- Welche Entwicklungslinien bestimmen die institutionellen Veränderungen in der Zusammenarbeit von Unternehmen? In welchen Bereichen bilden sich »strategische Allianzen« heraus? Wie verändert sich dadurch die politische Ökonomie des Protektionismus? Welche Schlußfolgerungen sind daraus für die nationalen Handelspolitiken zu ziehen?
- Hat der Protektionismus zugenommen? Welches Instrumentarium dominiert in der Handelspolitik? Welche Konsequenzen wird die Uruguay-Runde für die Handelspolitik und die Wettbewerbspolitik haben

(insbesondere auch in den Bereichen Dienstleistungen, intellektuelle Eigentumsrechte und ausländische Direktinvestitionen)?

- Steuert der internationale Handel auf eine Blockbildung zu? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang die dynamischen Schwellenländer?
- Sind die nationalen Wettbewerbsgesetze geeignet, um Machtmißbrauch zu kontrollieren? Haben sich die Beurteilungskriterien für horizontale und vertikale wettbewerbsschwächende Maßnahmen verändert, z.B. durch das Vordringen von Franchising?
- Bedarf es neuer internationaler Wettbewerbsregeln? Wie sollen solche Regeln ausgestaltet werden, um wirksam Machtmißbrauch zu sanktionieren und zu vermeiden? Welches wäre die geeignete internationale Organisation, bei der eine solche umfassende ordnungspolitische Überwachungs- und Straffunktion angesiedelt werden sollte?

5. Forschungsschwerpunkt ›Ökologie und Marktwirtschaft‹

Die Entwicklung der Umwelt in den letzten Jahrzehnten und deren Perzeption in der Gesellschaft machen das ökologische Problem zu einem wesentlichen Bestimmungsfaktor der Wirtschaft in der Zukunft. Dabei werden ökologische Zusammenhänge folgende gesellschaftlichen Bereiche mitbestimmen:

- individuelle Freiheit,
- neue Nutzungsrechte und Anreize,
- internationale Beziehungen.

Die Entwicklung der Marktwirtschaft wird wesentlich von der Fähigkeit abhängen, das Konfliktpotential zwischen Umwelt und Wirtschaft zu bewältigen. Eine solche Bewältigung wird weder von einer einzigen, traditionell mit der Lösung von Konflikten beschäftigten Institution zu schaffen sein, noch wird sie auf einen einzigen der o.g. Bereiche beschränkt werden können. Der aufzulösende Konflikt selbst besteht hierbei darin, daß die Bestimmung der anzustrebenden Umweltqualität – das Umweltziel – individuellen Lösungsansätzen in der Regel und prima vista nicht zugänglich ist, so daß hieraus ein Druck in Richtung zunehmender Regulierung und Zentralisierung auf Kosten der einzelwirtschaftlichen und individuellen Entscheidungsfreiheit entsteht.

Dieser Konflikt ist eine außerordentliche Herausforderung für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Der Stand der Forschung ist eher durch eine Sammlung von Fragen als von Antworten charakterisiert.

Individuelle Freiheit

Umweltknappheit erfordert in der einen oder anderen Form immer eine hoheitliche Intervention. Je knapper die Umwelt, um so stärker oder vielfältiger müssen hoheitliche Eingriffe sein. Umweltverknappung ist somit eine unmittelbare Gefahr für die individuelle Freiheit. Wie eine Gesellschaft ihr Umweltproblem löst, beeinflußt somit langfristig, wie groß die individuellen Entscheidungsspielräume bleiben. Umwelt hat deshalb konstitutionelle Bedeutung über die Wirtschaftsverfassung hinaus. Aufgabe der gesellschaftlichen Gestaltung der Wechselbeziehung Mensch/Umwelt muß deshalb auch sein, Umweltprobleme zu lösen, ohne individuelle Grundrechte in ihren Fundamenten zu gefährden.

Neue Nutzungsrechte und Anreize

Wesentliches Element eines Anreizsystems ist neben der Zuordnung von Belohnung und Leistung die Zuweisung derjenigen volkswirtschaftlichen Kosten, die von den einzelnen Akteuren verursacht werden. Indem für den einzelnen Akteur die volkswirtschaftlichen Kosten zu einzelwirtschaftlichen Kosten werden, gelingt eine Dezentralisierung der ökonomischen Entscheidungen. Die Nutzungsrechte müssen in aller Regel so gestaltet werden, daß sich einzelwirtschaftliche Kosten und gesamtwirtschaftliche Kosten decken. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, so stellen sich Verzerrungen in der Allokation ein, und der einzelne trägt mit seinem Verhalten nicht mehr zum optimalen Resultat für die Gesellschaft bei. Deshalb wird es erforderlich, das Anreizsystem und damit die Nutzungsrechte für den Umweltbereich neu zu konzipieren.

Eine detaillierte Analyse der Umweltprobleme zeigt, daß sich staatliche Aktivität auf zwei unterschiedliche Aspekte der Umweltnutzung bezieht: auf die Umwelt als Lieferant eines öffentlichen Konsumgutes – wie der Atemluft – und als Aufnahmemedium für Schadstoffe. Bei beiden Funktionen stellt sich die Frage, inwieweit geeignete Anreize durch neue Nutzungsrechte definiert werden können.

Bei der Umwelt als öffentliches Konsumgut geht es darum, die anzustrebende Umweltqualität zu bestimmen. Dabei hat der einzelne, wenn er nicht durch ethische Normen gebunden ist, ein Interesse, sich als Freifahrer zu verhalten – etwa eine hohe Umweltqualität zu fordern, ohne sich an den Kosten zu ihrer Bereitstellung zu beteiligen. Hier stellt sich die Frage, ob es gelingt, durch geeignete institutionelle Regelungen einen Abstimmungs- oder Entscheidungsprozeß zu entwickeln, bei dem der einzelne – oder bei einem internationalen Umweltproblem das einzelne Land – seine Freifahrerposition aufgibt. Dies ist immer dann möglich, wenn man klare

Verantwortlichkeiten für das Gut ›Umwelt‹ – etwa lokale oder regionale Verantwortlichkeiten – bei der Zielbestimmung definieren kann. Welche Lösungen sich hier im Sinn des Subsidiaritätsprinzips, der ›fiscal equivalence‹ oder des Ansatzes von Coase finden lassen, ist eine eminent wichtige Frage zur Lösung der Anreizprobleme.

Bei der Funktion der Umwelt als Aufnahmemedium von Schadstoffen lassen sich neue Nutzungsrechte grundsätzlich einfacher entwickeln. Bis heute wird Umweltpolitik im wesentlichen ausschließlich mit den Instrumenten des Ordnungsrechts gemacht. Daraus folgt eine eindrucksvolle Dichotomie. Während die Bereitstellung traditioneller Güter in der westlichen Welt nach den Grundsätzen der Marktwirtschaft erfolgt, wird das Gut ›Umwelt‹ nach den Grundsätzen der Kommandowirtschaft verwaltet.

Dieser Vergleich verdeutlicht zum einen die Gefahren, welche das ökologische Problem für die individuelle Freiheit in sich birgt, er zeigt aber auch, welcher Weg grundsätzlich einzuschlagen ist. Aufgabe der Wirtschaftspolitik wird sein, das Ordnungsrecht systematisch durch marktwirtschaftliche Instrumente zu ersetzen. Der vielbeschworene ökologische Umbau der Wirtschaft ist in erster Linie der Umweltpolitik.

Hier liegen wichtige Aufgaben für die Forschung. Die Wahl umweltpolitischer Instrumente muß von Fall zu Fall erfolgen. Obwohl grundsätzlich marktwirtschaftliche Instrumente vorzuziehen sind, bleibt in manchen Fällen der komplementäre oder exklusive Einsatz des Ordnungsrechts notwendig. Eine umweltgerechte Wirtschaftsordnung ist deshalb ein Verbundsystem zwischen dezentralen und zentralistischen Komponenten. Die wissenschaftlichen Grundlagen für eine solche umweltgerechte Wirtschaftsordnung sind noch zu schaffen.

Internationale Beziehungen

Viele Umweltprozesse sind grenzüberschreitend. Sie belasten damit die internationalen Beziehungen. Internationale Umweltprozesse als ungelöste Probleme bilden jedoch auch einen Treibsatz für die Fortentwicklung der internationalen Kooperation. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Umwelt Impulse weit über globale, multinationale oder bilaterale Umweltschutzabkommen hinaus setzen wird. Denn das Umweltproblem schafft neue zwischenstaatliche Koalitionsmöglichkeiten und -zwänge. Umweltbeziehungen sind deshalb im Verbund mit sonstigen internationalen Beziehungen zu sehen. Konzessionen im Umweltschutz können durch gegenläufige Konzessionen in anderen Bereichen kompensiert werden. Internationale Wirtschaftsabkommen werden deshalb in Zukunft von Umweltschutzzwängen mitgestaltet werden.

In einer ökonomisch integrierten Welt ist es gleichsam unausweichlich,

daß sich nationale Unterschiede in den Normen der Umweltpolitik auf die Produktionskosten und damit auch auf die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten auf internationalen Märkten auswirken. Vielfach wird von ›environmental dumping‹ bzw. ›environmental imperialism‹ gesprochen.

Die Analyse der wechselseitigen Beeinflussung von internationaler Umwelt- und internationaler Wirtschaftsordnung steckt derzeit noch in ihren Anfängen. Eine Durchdringung dieser Zusammenhänge verspricht, wichtige Impulse für die Gestaltung der Beziehung zwischen Umwelt und Wirtschaft zu leisten.

Untersuchungsleitende Fragestellungen

Die Forschungsschwerpunkte in diesem Bereich liegen bei folgenden Fragestellungen:

- Welchen Einfluß haben gebräuchliche Instrumente der Umweltpolitik auf den Konflikt zwischen Umweltschutz und individueller Freiheit?
- In welcher Weise könnten innovative Instrumente der Umweltpolitik zu einer Entschärfung dieses Konflikts beitragen?
- Welche ›Arbeitsteilung‹ zwischen Normen und Wirtschaftsverfassung wäre in einer zukünftigen Umweltgesellschaft sinnvoll?
- Wie können die gesellschaftlichen Kosten der Umweltnutzung in einzelwirtschaftliche Entscheidungsprozesse optimal internalisiert werden und inwieweit besteht Bedarf nach einer komplementären Nutzung des Ordnungsrechts?
- Wie ist der ökologische Umbau der Wirtschaft unter Berücksichtigung des Anreizproblems zu schaffen?
- Welche Aufgaben sind hierin zentralistischen und dezentralistischen Instrumenten zuzuweisen?
- Welche Anforderungen stellen grenzüberschreitende Umweltprozesse an die internationale Wirtschaftsordnung, und welche Lösungsmöglichkeiten für eine Internalisierung von Externalitäten stehen zur Verfügung?
- Welche Auswirkungen hat die Vorteilhaftigkeit einer internationalen Kooperation im Umweltbereich auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen?